

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales und Gesundheit -

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 07. März 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-08-0015

Auswirkungen der Gebührenerhöhung für die Kinderbetreuung in Wiesbaden - Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 29.2.2012 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1. Wie viele Widersprüche gegen die Gebührenbescheide sind nach Ablauf der Widerspruchsfrist bei der Stadt Wiesbaden oder anderen Trägern eingegangen?
- 2. Wie viele Abmeldungen bzw. Ummeldungen von einem Ganztags- auf einen Halbtagsplatz wurden vorgenommen/beantragt?
- 3. Trifft die Aussage der frauenpolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion im Ausschuss für Frauenangelegenheiten vom 31. Januar 2012 zu, nach der die Mittel aus der Landesförderung zur Freistellung des letzten Kindergartenjahres in den U3-Ausbau fließen?
 - Wenn ja: Wie ist dies vereinbar mit der Aussage des Landesministeriums, nach der diese Mittel "zweckgebunden für die Finanzierung der Beitragsfreistellung bzw. Reduzierung der Teilnahme- und Kostenbeiträge" sind?
 - Wenn nein: Wieso kostet der Kindergartenplatz im nicht geförderten ersten Elementarjahr genauso viel, wie der Platz im geförderten letzten Kindergartenjahr?
- 4. Kam es in dieser Frage bereits zu einer Klärung zwischen Ministerium und der Landeshauptstadt Wiesbaden? Wenn ja, wie stellt sich diese dar? Wenn nein, wie ist der aktuelle Stand?

Beschluss Nr. 0034

1. Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis:

Reaktionen auf die neue Beitragssatzung

KT

Kontakte (Anruf/Mail/Schreiben)

Anträge gem. § 5 der Satzung Ganz/Halb

Widersprüche

Summe: 908

Summe: 134

Summe: 726

BGS

Kontakte Summe: 428
Anträge gem. § 5 der Satzung Ganz/Halb Summe: 72
Widersprüche Summe: 32
Kündigungen Summe: 42

Seite: 1/2

Stand:27.02.2012

Mangels nennenswerter Neuzugänge wird die Berichterstattung vorläufig eingestellt. Je nach Entwicklung im Bereich der Betreuenden Grundschulen wird sie erneut aufgenommen.

2. Der Antrag ist damit erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung Wiesbaden, .03.2012

Manjura

stelly. Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2012

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung Der Vorsitzenden des Ausschusses für Frauenangelegenheiten mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Nickel

Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat - 16 - Wiesbaden, .03.2012

Dezernat VI

mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller

Oberbürgermeister

Seite: 2/2